

DIE LINKE. Berlin
8. Landesparteitag, 4. Tagung
24. September 2022

Antrag A 7 (neu)

Antragssteller*in: Dennis Egginger-Gonzalez (Delegierter Steglitz-Zehlendorf), Ludwig Lindner (Neukölln), LAG Umwelt, Karolin Behlert (Delegierte Friedrichshain-Kreuzberg), AK Rote Beete West, Denis Petri (BV Neukölln), IG Nahverkehr, Johannes Kolleck (Delegierter ChaWi), Andreas Odebrecht (BV R'dorf), Katalin Gennburg (MdA Treptow), Anne Zetsche (Delegierte ChaWi), LAG Klimagerechtigkeit, Tamara Van hove (Delegierte Friedrichshain-Kreuzberg), Stefan Böhme (BV Mitte), LAG Städtebau und Wohnungspolitik

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Klimaschutz jetzt: Solidarität mit Volksentscheid „Berlin autofrei“

2 DIE LINKE. Berlin wird die Diskussion um den Volksentscheid Berlin Autofrei voranbringen. Der Landes-
3 parteitag fordert die Bezirksverbände der Partei auf, bis zur Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes
4 über die Zulässigkeit des Volksbegehrens durch Veranstaltungen und Gespräche mit der Initiative die
5 innerparteiliche Meinungsbildung zur Unterstützung des Volksbegehrens vorzubereiten. Dies soll ge-
6 schehen insbesondere unter Berücksichtigung bereits gefasster Beschlüsse, die klar machen: Für DIE
7 LINKE. Berlin ist aus sozialen und klimapolitischen Gründen eine weitreichende Verkehrswende und die
8 Umverteilung des öffentlichen Raums unumgänglich.

9 Begründung:

10 Unser Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl 2021 verweist auf die Debatte um den Gesetzentwurf
11 der Initiative Berlin Autofrei und sagt zu, sich an dieser aktiv zu beteiligen. Derzeit befindet sich der
12 Gesetzentwurf der Initiative zur Prüfung der Zulässigkeit beim Verfassungsgerichtshof des Landes Ber-
13 lin. Wann dieser die Entscheidung treffen wird, ist unklar. Aber wenn sie getroffen ist und die Zulässig-
14 keit des Gesetzentwurfs festgestellt wird, wird DIE LINKE vor der Frage stehen, ob sie das Volksbegeh-
15 ren unterstützt, wie es bereits die Linksjugend Solid tut, oder nicht. Um diese Entscheidung qualifiziert
16 treffen und erlauben zu können, ob der Gesetzentwurf einen wertvollen Beitrag zu den bereits durch
17 den Landesverband grundsätzlich verfolgten Zielen

- 18 • mehr Lebensqualität,
- 19 • ein gesünderes Leben,
- 20 • mehr Platz für alle,
- 21 • mehr Sicherheit auf Berliner Straßen,
- 22 • Klimaschutz,
- 23 • Umweltgerechtigkeit

24 darstellt, ist es wichtig, dass die Parteigliederungen sich frühzeitig in die Diskussion mit der Initiative
25 begeben, um den Meinungsbildungsprozess zu beschleunigen.